Woher kommt, was kann und was will die Nachhaltigkeitsstrategie?

Dr. Stefan Bauernfeind

Bundeskanzleramt

Berlin, 13. Juni 2008

Sehr geehrter Herr Dr. Hauff,

sehr geehrte Herr Abgeordneter Miersch,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, heute hier zu sein. Sehr gerne habe ich die Einladung des Nachhaltigkeitsrates angenommen, zu Ihnen aus der Sicht des Bundeskanzleramtes über Nachhaltigkeit und die Nachhaltigkeitsstrategie zu sprechen.

Bei meinem Vortrag geht es um zwei Themenkomplexe: Erstens: Wie ist Nachhaltigkeit generell in der Bundesregierung verankert, was bedeutet Nachhaltigkeit? Und zweitens: Was ist konkret Stand der Nachhaltigkeitsstrategie – mit Blick auf den Entwurf des Fortschrittsberichts, den das Bundeskanzleramt zusammen mit den Ressorts entwickelt hat?

I.

Den besonderen Stellenwert von Nachhaltigkeit in der Bundesregierung erkennen Sie schon daran, dass die federführende Zuständigkeit für nationale Fragen der Nachhaltigkeit nicht bei einem der Ministerien liegt, sondern direkt beim Bundeskanzleramt. Nachhaltigkeit ist sozusagen „Chef-„ bzw. seit der letzten Bundestagswahl „Chefin-Sache“, und das nicht nur auf dem Papier. Denn Nachhaltigkeit ist ein besonderes Anliegen der Bundeskanzlerin. Dies erleben wir im Rahmen unserer Arbeit im Bundeskanzleramt nahezu täglich; für die Öffentlichkeit wurde dies etwa beim internationalen Klimaschutz deutlich.

Nachhaltigkeit ist darüber hinaus direkt im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom November 2005 verankert. Darin heißt es: *„Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist Ziel und Maßstab unseres Regierungshandelns, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.“* Diese Festlegung im Koalitionsvertrag zeigt zweierlei: Zum einen verdeutlicht es, dass Nachhaltigkeit ein Leitprinzip der Politik der Bundesregierung ist. Nachhaltigkeit muss den roten Faden in der Gesamtpolitik darstellen. Zum anderen zeigt der Koalitionsvertrag die Kontinuität des Nachhaltigkeitsgedankens über Wahlperioden hinweg und dass es sich bei Nachhaltigkeit um kein Nischenthema aus rot-grüner Regierungsverantwortung handelt, sondern um eine Daueraufgabe, der sich alle politischen Parteien stellen.

Wie definieren wir Nachhaltigkeit? Die Bundeskanzlerin hat letztes Jahr folgendes ausgeführt: *„Wir haben ... über das Prinzip der Nachhaltigkeit im Grunde ein ... Kennzeichen dafür, was Fortschritt in unserer Gesellschaft bedeutet. Fortschritt muss nämlich der Bedingung genügen, dass die Natur und unsere ökologischen Systeme die Veränderungen auch wirklich dauerhaft tragen können.“*

Wenn wir über Nachhaltigkeit sprechen, reden wir also über eine grundlegende Weichenstellung für das 21. Jahrhundert. Wie werden nachfolgende Generationen das 21. Jahrhundert charakterisieren – als Jahrhundert der kriegerischen Auseinandersetzung um die Verteilung von Rohstoffen, als Jahrhundert der sozialen Konflikte und als Jahrhundert der Naturzerstörung - oder aber als eine Epoche, die sich in besonderer Weise der Generationengerechtigkeit verpflichtet wusste? Im Interesse unserer Zukunft und der Zukunft unserer Kinder müssen wir erreichen, dass Nachhaltigkeit das bestimmende Kennzeichen unserer Zeit wird! Daran führt kein Weg vorbei.

Nachhaltigkeit beruht auf der Grundforderung, dass jede Generation ihre Aufgaben lösen und sie nicht den kommenden Generationen aufbürden darf; wie auch Herr Hauff zutreffend betont hat, wäre dies zutiefst ungerecht. Entscheidungen hier und heute müssen dauerhaft tragfähig sein. Nachhaltigkeit ist zum zweiten ein Gebot globaler Gerechtigkeit; wir dürfen nicht nur an uns selbst denken, sondern müssen unser Handeln in globalen Zusammenhang setzen. Damit steht Nachhaltigkeit auch für Fairnis zwischen Nord und Süd. Und schließlich zielt Nachhaltigkeit auf eine integrative Betrachtung von Politik. Nachhaltigkeit ist mehr als Umweltschutz. Es geht ebenso um wirtschaftlichen Wohlstand und soziales Wohlergehen, um Themen wie zum Beispiel Bildung oder Finanzpolitik.

Zu letzterem Thema aus aktuellem Anlass ein paar Anmerkungen: Ende 2007 waren die öffentlichen Haushalte bei Bund, Ländern und Kommunen mit mehr als 1,5 Billionen Euro verschuldet – also mit mehr als eintausend fünfhundert Milliarden Euro. Damit fallen auf jeden von uns hier im Raum rechnerisch knapp 19 000 Euro öffentliche Schulden. Dieses Geld wird uns und den nachfolgenden Generationen fehlen, um die Aufgaben der Zukunft zu meistern. Daher ist das Ziel der Bundesregierung so wichtig, spätestens 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen! Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2011 steht im Entwurf des Fortschrittberichts, den das Bundeskabinett im Herbst 2008 beschließen soll.

II.

Meine Damen und Herren, damit komme ich nun zur Nachhaltigkeitsstrategie. Die Strategie wurde 2002 von der damaligen Bundesregierung zum Weltgipfel von Johannesburg vorgelegt und anschließend fortentwickelt.

Als aktive Mandatsträger wissen Sie: Leitbilder ersparen uns nicht die politische Entscheidung über die richtige Entwicklung. Das gilt auch für das Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung. Nachhaltigkeit bietet uns aber wichtige allgemeine Leitlinien oder „Leitplanken“ zur Frage, wie wir heute und morgen leben wollen. Da die vielfältigen Herausforderungen des Lebens nicht von einer Strategie erschöpfend abgedeckt werden können, muss Nachhaltigkeit als Leitprinzip bei anderen Strategien und bei politischen Entscheidungen selbstverständlich mitgedacht werden.

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie im Entwurf des Fortschrittsberichts?

Zum einen will die Bundesregierung die Durchlagskraft von Nachhaltigkeit als Leitprinzip stärken. Dies betrifft etwa den Bereich Rechtssetzung. Bei jedem Gesetz und bei jeder Rechtsverordnung sollte nach Auswirkungen das Vorhaben auf Nachhaltigkeit gefragt werden. Hierfür haben sich sowohl der Nachhaltigkeitsrat als auch der Parlamentarische Beirat dezidiert und mehrfach ausgesprochen. Die Bundesregierung greift diese Forderung auf. Nachhaltigkeit wird in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung ver-

ankert, als Thema der Gesetzesfolgenabschätzung. Diese klare Aussage findet sich im Entwurf des Fortschrittsberichts. Ich halte dies für einen wichtigen Schritt.

Ein weiteres bedeutendes Element ist die Stärkung des „Nachhaltigkeitsmanagements“ der Bundesregierung. Nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden kann. Dies gilt auch für das Nachhaltigkeitsmanagement. Die Steuerung auf Bundesebene erfolgt durch den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung. Er wird vom Chef des Bundeskanzleramtes geleitet. Der Staatssekretärsausschuss soll weiter gestärkt und die Ressorts sollen noch intensiver in die Arbeit eingebunden werden – damit deutlicher wird, dass Nachhaltigkeit nicht nur Aufgabe des Bundeskanzleramtes ist.

Zu einem erfolgreichen Management gehört auch die Zielüberprüfung anhand bestimmter Kriterien und Messgrößen. Die Nachhaltigkeitsstrategie enthält Indikatoren zu 21 Themen. Natürlich lässt sich die Gesamtpolitik nicht erschöpfend mit einer so begrenzten Zahl von Indikatoren abbilden, wie sie die Strategie enthält. Trotzdem sind die Indikatoren ein sehr wertvolles Instrument. Ihre Analyse ist daher ein wesentlicher Teil des Fortschrittsberichts. Sehr geehrte Damen und Herren, Sie wissen: Es ist nicht immer einfach, eigene Erfolge oder Misserfolge objektiv zu beurteilen. Die Bundesregierung hat daher das Statistische Bundesamt beauftragt, die Analyse der Indikatoren zu übernehmen – als eine fachlich unabhängige Stelle mit hoher Kompetenz und Neutralität. Die Stellungnahme des Bundesamtes ist im Entwurf des Fortschrittsberichts abgedruckt; sie ersetzt den Indikatorenbericht des Bundesamtes von 2006. Im Vergleich zu früheren Berichten hat die Bundesregierung dabei eine Reihe von Änderungen beschlossen; unter anderem wird der Bereich Prävention gestärkt und es werden neue Ziele aufgenommen.

Meine Damen und Herren, der Fortschrittsbericht setzt drei besondere inhaltliche Schwerpunkte: Erstens Klima/Energie, zweitens Rohstoffe und drittens soziale Chancen des Demografischen Wandels.

- Zum Thema Klima zeigt der Bericht die Aktivitäten der Bundesregierung – angefangen von der Europäischen Präsidentschaft über den G8-Gipfel in Heiligendamm, bis hin zum integrierten Energie- und Klimaprogramm. Hier möchte ich kurz drei aktuelle Entwicklungen erwähnen: Zum einen hat der Deutsche Bundestag am letzten Freitag den ersten Teil dieses integrierten Energie- und Klimaprogramms beschlossen. Am Mittwochabend hat sich der Koalitionsausschuss auf eine Umgestaltung der Kfz-Steuer verständigt; künftig soll der CO2-Ausstoß und damit die Klimaschädlichkeit Maßstab für die Besteuerung der Fahrzeuge sein. Und schließlich wird das Bundeskabinett am kommenden Mittwoch den zweiten Teil des integrierten Energie- und Klimaprogramms verabschieden.

- Die Bedeutung des zweiten Schwerpunktthemas Rohstoffe als ebenfalls wichtigem Nachhaltigkeitsthema erfordert keine lange Begründung. Hierbei geht es um die Verminderung von Umweltauswirkungen, Sicherstellung der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen, aber auch um die sozialen, entwicklungspolitischen und ökologischen Auswirkungen des Rohstoffabbaus und der Rohstoffimporte.

- Drittes Schwerpunktthema des Berichts schließlich ist der Demografische Wandel, und zwar in Hinblick darauf, welche Chancen für den sozialen Zusammenhalt damit verbunden sind. Wir alle wissen: In Deutschland werden in Zukunft weniger Menschen leben, vor allem aber werden sie im Durchschnitt älter sein als heute. Dies lässt sich durch Einwanderung oder eine Steigerung der Geburtenrate allenfalls abmildern. Denn

wegen des Geburtenrückgangs seit den 70er Jahren gibt es schon heute weniger potenzielle Mütter und Väter. Leider wird der Demografische Wandel in der Regel nur als Negativthema verstanden; dies verstellt aber den Blick auf die Frage, wie dem Wandel positiv begegnet werden kann. Dabei verfügen gerade viele ältere Menschen über ein großes Maß an Erfahrungen, Kreativität und Innovationskraft, und sie möchten diese Potenziale für sich und für andere einzusetzen. Hieraus ergeben sich Chancen für eine Stärkung der Zivilgesellschaft, für mehr Solidarität zwischen den Generationen, und für eine Kultur des Miteinanders. Ich bin sicher, dass es dafür in vielen Kommunen bereits interessante Beispiele gibt.

Wenn es richtig ist, dass sich das Leitprinzip Nachhaltigkeit als roter Faden durch die Regierungspolitik ziehen muss, dann muss dies auch in einem Fortschrittsbericht deutlich werden! Der Nachhaltigkeitsrat hat beharrlich mit großer Überzeugungskraft darauf verwiesen, dass der Blick auf die Breite des Nachhaltigkeitsgedankens nicht verloren gehen darf. Im Fortschrittsbericht äußert sich die Bundesregierung daher zu Nachhaltigkeit auch über eine große Bandbreite von Themen hinweg – vom Schutz der biologischen Vielfalt über die Reduzierung des Flächenverbrauchs, Fragen der Bildung und Forschung bis hin zu wichtigen globalen Themen.

Nachhaltigkeit kann von der Bundesregierung nicht verordnet werden. Es ist schon gesagt worden: Wir brauchen die Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie von Ländern und Kommunen. Deshalb beteiligen wir nicht nur – wie in der Vergangenheit - den Nachhaltigkeitsrat an unserem Bericht. Vielmehr haben wir auch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände eingeladen, den Fortschrittsbericht mit eigenen Beiträgen zu bereichern.

Gestern haben die Länder bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin unter anderem einstimmig folgende Aussage beschlossen: *„Die Länder bekennen sich zur Nachhaltigkeit als Ziel ihrer jeweiligen Landesentwicklung.“* Wer die Diskussion der letzten Jahre mit einigen Ländern kennt - und der Nachhaltigkeitsrat hat hier einschlägige Erfahrungen gesammelt -, der kann den Erfolg ermessen, der hinter dieser plakativen Aussage aller Ministerpräsidenten steckt!

Sehr erfreulich ist auch, dass der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung im Bundestag uns vor kurzem seinen Beitrag übermittelt hat. Der Beirat setzt sich mit großem Engagement für die Verbreitung des Nachhaltigkeitsgedankens im Bundestag ein und begleitet die Aktivitäten der Bundesregierung kritisch aber gleichzeitig konstruktiv. Herr Abgeordneter Miersch, dafür an dieser Stelle herzlichen Dank.

III.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun heißt es, den Weg konsequent fortzusetzen – damit sich das Leitprinzip Nachhaltigkeit in der Praxis immer mehr durchsetzt. Nachhaltigkeit ist eine Daueraufgabe und erfordert einen langen Atem; hierauf hat Herr Hauff bereits hingewiesen.

Meine herzliche Bitte an Sie: Setzen Sie sich in Ihrem Bereich intensiv für das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung ein. Drängen Sie in Ihren Kommunen weiter darauf, dass dieses Leitbild vor Ort wirksam wird. Begleiten Sie uns auf diesem langen Weg, damit das 21. Jahrhundert tatsächlich zum Jahrhundert der Nachhaltigkeit wird.